

Antrag

der Abgeordneten Bernd Schattner, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Sebastian Münzenmaier, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Die drohende Rezession stoppen und ökonomisches Wachstum für deutsche Unternehmen und Bürger generieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Deindustrialisierung in Deutschland schreitet voran. Energieknappheit, explodierende Preise und die Gängelung der Unternehmen mit immer mehr Bürokratie und Verboten treiben den deutschen Mittelstand in die Insolvenz und die Industrie ins Ausland. Laut Prognose des DIHK wird die deutsche Wirtschaft um 3 Prozent sinken.¹ Nach einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft vom 9. Januar 2023 erwarten viele deutsche Unternehmen für 2023 eine Rezession.² Bereits am 2. November 2022 hatte der DIHK einen weiteren Einbruch bei den Geschäftserwartungen der Betriebe für 2023 veröffentlicht.³

Die Gründe sind auf Entwicklungen in verschiedenen Bereichen zurückzuführen.

Die geopolitischen Entwicklungen der letzten Monate zeigen, dass sich die fertigungsorientierten Unternehmen nach der Corona-Pandemie weiterhin in einem schwierigen Spannungsfeld befinden. Unterbrochene Lieferketten, die in der Corona-Pandemie entstanden sind, wurden bis heute nicht ausreichend geschlossen. Die Materialknappheit mit denen Unternehmen zu kämpfen haben, ist trotz vielseitiger Substitutionsbestrebungen nicht beseitigt.

Zurückzuführen ist dies unter anderem darauf, dass im Zuge der Globalisierungsbestrebungen seit den 1990er-Jahren ein großer Teil der industriellen Produktion nach Asien, insbesondere nach China, verlagert worden ist.

¹ <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/konjunkturumfrage-herbst-2022>

² <https://www.trtdeutsch.com/wirtschaft-inland/iw-umfrage-fur-2023-viele-deutsche-unternehmen-erwarten-rezession-11625707>

³ <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/konjunkturumfrage-herbst-2022/weiterer-einbruch-bei-den-geschaefterwartungen-der-betriebe-84930>

Hinzu kommt, dass durch den „Inflation Reduction Act“ der US-Regierung massive Anreize für deutsche Unternehmen geschaffen worden sind, in die USA abzuwandern. Nach Ansicht des Chefs des Maschinen- und Anlagenbauers Dürr, Jochen Weyrauch, nimmt das milliardenschwere US-Investitionsprogramm einen „dramatischen Einfluss auf Investitionsentscheidungen“. Investitionsprojekte von Kunden, die in Deutschland oder Europa geplant waren, wanderten in die USA ab, sagte Weyrauch am 11. Dezember 2022 der „Stuttgarter Zeitung“ und den „Stuttgarter Nachrichten“. Durch den „Inflation Reduction Act“ hätten sich die Kosten „zuungunsten von Europa verschoben“. Den Unternehmen bliebe also gar nichts anderes übrig. Vor allem Kunden aus der Autobranche seien betroffen. Besonders deutlich sei das bei Kunden im Bereich der E-Mobilität der Fall, „beispielsweise bei Herstellern von Batterien und Batteriezellen“.⁴

Hinzu kommt, dass durch die Energiekrise 2022 die energieintensive Grundstoffproduktion massiv eingebrochen war, so berichtete beispielsweise die Rheinische Post am 11. September 2022 einen Produktionseinbruch bei der Düngemittelindustrie um ca. 70 Prozent.⁵ Da bei der Grundstoffproduktion eine Vielzahl von Nebenprodukten erzeugt wird, sind die Abnehmer dieser Produkte ebenfalls von den Produktionseinbrüchen betroffen.⁶

Die Energie- und Produktionskrise in Deutschland wurde zwar durch den russisch-ukrainischen Krieg verschärft, dieser ist aber nicht ihre alleinige Ursache. Sie liegt primär in der sogenannten „Energiewende“. Sie führte zu einer einseitigen Fixierung auf (russisches) Erdgas als Übergangslösung bis zum erhofften breiten Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft, verbunden mit der massiven Abschaltung grundlastfähiger Kern- und Kohlekraftwerke. Fehlentscheidungen, wie angefangen beim Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Nutzung der Kernenergie bis hin zu den Wirtschaftssanktionen gegen das größte Rohstoffland der Erde zeigen, dass Probleme und damit die sogenannte „Energiekrise“ hausgemacht sind. Die erhöhten Preise in fast jedem Gewerbe, besonders aber in der Energie- und Lebensmittelbranche, führten zu einer Inflationsrate von bisher bis zu 10,4 Prozent, bei Lebensmitteln sogar von 20,2 Prozent⁷.

Die Ursache für die Wirtschaftskrise in Deutschland ist also die durch die Regierungsparteien, die CDU/CSU und die Linkspartei betriebene „Transformation“ der Wirtschaft.

Die Bundesregierung rechnet im nächsten Jahr mit einer Inflation von 6,3 Prozent.⁸ Hierbei bezieht sie allerdings nicht die massive staatliche Subventionierung der Energiekosten durch die diversen Preisbremsen ein. Die Zahlen wurden also verschleiert.

Die Krise der industriellen Produktion und handwerklicher Dienstleistungen in Deutschland, verbunden mit der demografischen Entwicklung, wird auch durch das deutsche Bildungssystem verschärft.

⁴ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/maschinenbau-bietigheim-bissingen-duerr-chef-warnt-vor-folgen-von-us-investitionsprogramm-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-221211-99-863462>

⁵ https://rp-online.de/politik/deutschland/auch-duenger-wird-knapp-bauernverband-will-nationale-reserve_aid-76595893

⁶ <https://www.fuchsbrieft.de/hohe-gaspreise-co2-wird-knapp->

⁷ <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/steigende-lebensmittelpreise-fakten-ursachen-tipps-71788#:~:text=Nahrungsmittel%20sind%20zwischen%20Januar%202022,internationale%20politische%20Lage%20und%20Arbeitskr%C3%A4ftemangel.>

⁸ <https://www.tagesspiegel.de/politik/lindner-zwischen-bangen-und-hoffen-gelingt-der-volle-inflationsausgleich-8822503.html>

Die Abkehr von fertigungsorientierten- und Handwerksberufen hat den allgemein beklagten Facharbeitermangel zu einem wesentlichen Teil verursacht, der durch die Einwanderung von kulturfremden Geringqualifizierten nicht ausgeglichen werden kann. So ist die Anzahl der Studenten in Deutschland von 1999 bis 2022 von 1,77 Mio. um 1,15 Mio. auf 2,92 Mio. Studenten gestiegen.^{9,10} Hierbei ist nicht zu beanstanden, dass langfristig der Anteil der Studenten von MINT-Studienfächern gestiegen ist, sondern dass staatlich subventioniert eine unverhältnismäßig hohe Anzahl junger Menschen eine Fachrichtung studiert, die volkswirtschaftlich kaum zur Wertschöpfung beitragen.

Die derzeitige Bundesregierung war mit dem Versprechen einer umfassenden, entschlossenen Schwerpunktbildung bei dem Thema Digitalisierung angetreten. Hier vermisst der Deutsche Mittelstands-Bund im Nachgang zum Digital-Gipfel der Bundesregierung am 8./9. Dezember 2022: „eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem ersten Regierungsjahr der Ampelkoalition im Bereich Digitalisierung. „Bei einer ehrlichen Betrachtung des bisher politisch Geleisteten kann der Mittelstand nicht den Eindruck gewonnen haben, dass viel angeschoben wurde. Der Digital-Gipfel bot die Möglichkeit, ein Zeichen auch an kleine und mittlere Unternehmen zu senden, dass grundlegende Digitalisierungsprobleme angepackt werden. Der erhebliche Rückstand bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und wie man ihn aufholen will ist ein trauriges Beispiel für die immer noch analoge Welt, in der wir uns verwaltungstechnisch befinden. Am Ende muss man leider feststellen, dass die Chance verpasst wurde und erneut nur Versprechungen geblieben sind.“¹¹

Ein weiteres Innovationshemmnis und somit eine Belastung des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist die deutsche Forschungsbürokratie. Hiermit begründet beispielsweise das Pharma-Unternehmen Biontech die im Januar 2023 verkündete Verlagerung seiner Krebsforschung nach Großbritannien.¹²

Gemäß einer Studie des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) verliert Deutschland im Wettbewerb mit 20 anderen führenden Wirtschaftsnationen weiter an Wettbewerbsfähigkeit. Im neuen „Länderindex Familienunternehmen“ belegt die Bundesrepublik Deutschland den 18. Platz unter den 21 Ländern, also den viertletzten Platz. Im Jahr 2020 habe Deutschland noch auf dem 14. Rang gelegen. So gelte Deutschland in den Bereichen der Verkehrs- und IKT-Infrastruktur inzwischen gegenüber den Wettbewerbern in West- und Nordeuropa, aber auch in Nordamerika und Japan als abgeschlagen. Dies stellt eine Bankrotterklärung dar. Hinzu komme die Eigenkapitalauszehrung der Unternehmen durch die Regierungsmaßnahmen während der Corona-Pandemie.

Beklagt wird auch die zunehmende Bürokratie: „Das Netz der gesetzlichen Vorgaben wird mit jedem dieser neuen Regulierungsschritte immer enger gesponnen und begrenzt darüber hinaus die Freiheit von Unternehmen und ihren Belegschaften weiter, gemeinsam nach den geeigneten Vertragsformen und Arbeitsweisen zu suchen. Es ist dieses riskante Grundverständnis, jedes Detail durch rechtliche Vorgaben regulieren zu wollen, das zur geringer werdenden Attraktivität des deutschen Standorts beiträgt. Es passt nicht zusammen, dass die deutsche Politik auf der einen Seite immer wieder Initiativen zur Entbürokratisierung startet, auf der anderen Seite aber ohne sorgfältige Kosten-Nutzen-Analyse unter dem Eindruck von tagesaktuellen Entwicklungen praktisch über Nacht neue, permanente Regulierungen erlässt.“¹³

⁹ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Tabellen/trbil01.html#242472>

¹⁰ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/221/umfrage/anzahl-der-studenten-an-deutschen-hochschulen/>

¹¹ <https://www.digitalbusiness-cloud.de/digital-gipfel-probleme-des-mittelstands-nicht-angegangen/>

¹² <https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2023/01/27/ab-nach-england>

¹³ https://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/publikationen-studien/studien/Laenderindex-2021_Studie_Stiftung-Familienunternehmen.pdf, S. 135 f.

Der Deutsche Mittelstands-Bund (DMB) hatte vor der Bundestagswahl am 1. Juni 2021 eine Umfrage im Mittelstand veröffentlicht, in der festgestellt wurde, dass noch vor dem Fachkräftemangel (55,3 %) und den Mängeln der digitalen Infrastruktur (57,3 %) die drängendsten Probleme die Steuerlast (80,6 %) und allem voran die Bürokratie (85,3 %) seien.¹⁴ Die Befragten beklagten gemäß dieser Umfrage nicht nur unzugängliche Förderprogramme und geringe Forschungsförderung, sondern auch unzureichende Beratungen durch öffentliche Stellen. Ein weiterer Kritikpunkt waren fehlende Finanzierungsmittel.

Nach einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM), die im Auftrag der Impuls-Stiftung des VDMA durchgeführt wurde, herrscht in vielen Betrieben große Verunsicherung angesichts der kaum noch zu durchdringenden Vorschriften und Regelungen. Die Betroffenen nennen bereits 375 verschiedene Regelungen allein auf Bundesebene, die sie zu erfüllen hätten. Hinzu kämen noch einmal so viele Vorschriften auf EU-, Landes- und kommunaler Ebene. Als zusätzliche Belastungen aus Brüssel nennen die befragten Unternehmen die Taxonomie, das Lieferkettengesetz sowie die CSR-Richtlinie.¹⁵

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, warnte am 20. Januar 2023 vor einer breit angelegten Deindustrialisierung Deutschlands, trotz der bisherigen Gegenmaßnahmen der Bundesregierung, während einer Umfrage des Mittelstandverbands unter Tausenden Firmen zeige: „Rund 54 Prozent der Unternehmen halten die Anstrengungen von Regierung und Behörden, dies [das deutsche Steuerrecht] zu vereinfachen, für nicht ausreichend. Rund 36 Prozent vergaben die Note mangelhaft. Nur 1,8 Prozent der Befragten waren mit dem Einsatz der Politik zufrieden.“¹⁶

SPD und Grüne von der jetzigen Regierungskoalition sowie die CDU und CSU hatten am 11. Juni 2021 das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz beschlossen. Dort waren kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) von den damit verbundenen bürokratischen Berichtspflichten formal entbunden worden.

Nicht bedacht worden ist aber, dass Großunternehmen im Rahmen ihrer gesetzlichen Berichtspflichten ihrerseits mittelständische Lieferanten zu Auditierungen und einem umfassenden Berichtswesen verpflichten. Die Bürokratie wird also innerhalb der Wirtschaft durchkaskadiert.¹⁷

Inzwischen sind die exorbitant gestiegenen Energiekosten und die damit einhergehenden Produktionseinschränkungen in der Grundstoffindustrie zum Hauptproblem des Mittelstands geworden, ohne dass sich an den übrigen Problemen etwas substantiell verbessert hätte.

Einzig und allein eine konsequente Ursachenbekämpfung ohne ideologische Tabus kann dazu führen, dass wir die Wirtschaftskrise überstehen und eine sichere sowie nachfragegerechte Energieversorgung des Landes mit der Weiterführung von Kohle- und Kernkraftwerken sicherstellen, um Unternehmen mit kostengünstiger Energie zu versorgen und eine Rezession bzw. Depression der deutschen Wirtschaft zu verhindern. Denn die Produktion in Unternehmen in Deutschland gelingt nur, wenn man diese in Deutschland produzieren lässt und nicht auch noch, wie jetzt von der Bundesregierung beabsichtigt, neue bürokratische Hürden aufbaut, was die Unternehmen und

¹⁴ https://www.mittelstandsbund.de/fileadmin/Artikel_Kacheln/pdf/20210601_DMB_Mitgliederbefragung.pdf

¹⁵ <https://www.marktundmittelstand.de/finanzierung/dokumentationspflicht-kostet-deutschen-unternehmen-millionen-1305461/>

¹⁶ https://www.t-online.de/finanzen/unternehmen-verbraucher/unternehmen/id_100113582/bdi-praesident-warnt-droht-die-deindustrialisierung-in-deutschland-.html

¹⁷ https://www.ifm-bonn.org/fileadmin/data/redaktion/publikationen/externe_veroeffentlichungen/dokumente/2023-01_IMPULS_IfM_Kurzstudie_B%C3%BCrokratiekosten.pdf

den Mittelstand zur Abwanderung ins Ausland zwingt bzw. gar zur Einstellung des laufenden Betriebes und damit zur Aufgabe führt.¹⁸

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. den Weg für mittelständische Investitionen durch einen umfangreichen Bürokratieabbau freizumachen und hierzu bis zum 30. Juni 2023 ein Bürokratienteilsetzungsgesetz vorzulegen, welches kleine und mittelständische Unternehmen von Forderungen ihrer Kunden nach Berichts- und Auditierungspflichten unter dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ausdrücklich freistellt und dem Bestreben der Europäischen Kommission, das bestehende Lieferkettenrecht weiter zu verschärfen, entschieden entgegentritt;
 2. der bereits stattfindenden Deindustrialisierung Deutschlands Einhalt zu gebieten und Anreize für deutsche Unternehmen zu schaffen, im Inland weiterhin zu produzieren und Arbeitsplätze zu erhalten, indem sie die sogenannte Grüne Transformation durch die Rückabwicklung der Förderungen und Begünstigungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie die bevorzugte Behandlung bei der Genehmigung der Installation sogenannter Erneuerbarer Energien stoppt;
 3. zur Sicherstellung einer störungsfreien und kostengünstigen Energieversorgung eine Laufzeitverlängerung der drei Anfang 2023 noch betriebenen und, soweit möglich, der im Jahr 2021 abgeschalteten Kernkraftwerke durch Abänderung des Atomgesetzes (AtG) bis mindestens zum Jahr 2040 zu gewähren, die Planung neuer Kernkraftwerke der nächsten Generation durch Modifizierung von insbesondere § 7 und § 9 AtG voranzutreiben sowie den Betrieb von Kohlekraftwerken dauerhaft zu ermöglichen;
 4. den Fachkräftemangel zu bekämpfen, indem sie die Abwanderung hochqualifizierter deutscher Ingenieure, Wissenschaftler und Facharbeiter in das Ausland („Brain Drain“) dadurch stoppt, dass sie die Rahmenbedingungen für attraktive Arbeitsbedingungen und wertschöpfende Arbeitsplätze schafft und
 5. eine höhere Robustheit gegen Lieferkettenstörungen zu erreichen, indem sie den Aufbau regionaler Liefernetzwerke in der jeweiligen Absatzregion durch die Wirtschaft unterstützt.

Berlin, den 28. März 2023

Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

¹⁸ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/rezession-inflation-habeck-101.html>

